

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dählerbrück, Rönshöl, Rierspe, Rierspe-Whf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Volbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 238

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postamt abgeholt 4,50 M., durch die Böden 5,40, durch den Besteller frei ins Haus gebracht 5,40 Mark.

Halver
Samstag, den 11. Oktober.

Anzeigen: Für die einseitige Zeitungs- oder deren Raum 25 Hfg., Restbetrag 75 Hfg. bei Aufnahme in unseren sämtlichen Verlagsstellen. — Jede Rubrikveränderung wird genehmigt bei unverzüglicher Mitteilung der Redaktion.

20. Jahrgang

Siehe Zeitung für eilige Leser.

- * Aber das Saargebiet wurde der Belagerungsstand verhängt.
- * Der Abgeordnete v. Baver hat die Wahl zum Vorsitzenden der demokratischen Reichstagsfraktion angenommen.
- * Der Parteitag der U. S. B. D. findet in der Zeit vom 16. bis 22. November in Leipzig statt.
- * In der Pfalz haben sämtliche Arbeiter aus Protest gegen die Franzosenherrschaft die Arbeit niedergelegt.
- * Clemenceau kündigt seinen Rücktritt nach den Wahlen an.
- * In Bulgarien ist kein Politiker zu finden, der bereit ist, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.
- * Die westrussische Regierung spricht der deutschen Regierung den Dank für den bisherigen Schutz der Randstaaten durch deutsche Truppen aus.
- * Neuerdings verlautet, daß es sich bei Wilsons Krankheit um einen leichten Schlaganfall handle.

Neue Gefahren.

Wie lange ist es her, daß aus Rußland, aus Italien, ja auch aus neutralen Ländern wie der Schweiz sich die Nachrichten über zunehmende Einschränkungen des Bahnverkehrs häuften, während bei uns in Deutschland diese Schlagader des Volksebens trotz Krieg und Kohlennot immer noch leblich funktionierte? Es kam nach dem Waffenstillstand die Demobilisierung, es kam die mit kurzesten Fristen erzwungene Heimsendung der feindlichen, nach Millionen zählenden Kriegsgefangenen, es kamen die Spartakistenputsche allenthalben und die Ausstände der Eisenbahner — es kamen die wiederholten und nachgerade jedes Maß übersteigenden Erhöhungen der Fahrpreise, aber immer noch kam der Personenverkehr schließlich einigermaßen zu seinem Recht. Man konnte fahren, die gemacht werden mußten, ausführen, wenn sie auch mehr Zeit und mehr Geld erforderten; aber es ging zur Not und der Reiseverkehr dieses Sommers ist ganz gewiß nicht hinter dem Umfang früherer Jahre zurückgeblieben. Da aber rückte die Eisenbahnverwaltung kürzlich mit der Ankündigung heraus, daß vom 12. Oktober bis zum 2. November alle Schnellzüge im östlichen Deutschland ausfallen müßten, um Maschinenmaterial für die in dieser Zeit unbedingt zu bewältigenden Gütertransporte freizubekommen. Und damit nicht genug, mußte der Eisenbahnminister Deiser am Mittwoch in der Preussischen Landesversammlung mitteilen, es könne dahin kommen, daß der Personenverkehr so gut wie völlig eingestellt wird und nur noch der Arbeiter- und Geschäftsverkehr, der Milch- und Besorgungsverkehr aufrechterhalten werden kann. Also eine Bankrottanmeldung in aller Form, elf Monate nach Krieg und Revolution, nach ungeheuerlicher Steigerung aller Gehälter und Unkosten der Bahnverwaltung, nach weitgehender Demotisation der Betriebe!

Der Minister ging davon aus, die Einziehung aller Schnellzüge im Osten mit den Notwendigkeiten des Güterverkehrs, insbesondere der Kohlentransporte zu begründen, und ließ keinen Zweifel darüber, daß die gleichen Maßnahmen auch für den Westen unvermeidlich werden könnten. Aber damit allein sei es noch nicht getan. Es fehlen uns die an die Entente abgelieferten 5000 Maschinen und 50 000 Wagen, und bei Inkrafttreten des Friedensvertrages wird uns möglicherweise noch weiteres Betriebsmaterial verlorengehen. Nicht zu vergessen aber ist, daß die Folgen der Streikluft im Frühjahr sich jetzt erst in vollem Umfang bemerkbar machen — wie ja damals von allen Sachkennern mit Sicherheit vorausgesehen wurde. Die damals veräurten Wochen und Monate lassen sich für den Abtransport der Kohlen nicht wieder einholen. So fehlt es jetzt vieler Orten überhaupt an Kohle, und wo sie vorhanden ist, bereitet ihre schlechte Qualität die größten Schwierigkeiten.

Die starken Beimischungen von Steinen beeinträchtigen den Brennwert auf das erhebliche, und täglich werden 4000 Wagen mit nichts als Steinen abgefahren, die als Kohlen deklarieren und bezahlt werden! So kommt es, daß die Büge vielfach stillstehen müssen, weil die Lokomotiven keinen Dampf entwickeln, und daß — während der Fahrt! — aus der Brennmasse erst die Steine herausgelöst werden müssen, ehe man versuchen kann, die Fahrt fortzusetzen. Während dieses Aufenthalts müssen natürlich alle anderen Büge auf der gleichen Strecke stillliegen und völlig nutzlos unter Dampf bleiben. Wegen der Langsamkeit des Verkehrs werden heute zu derselben Leistung, für die früher 10 000 Wagen gebraucht wurden, 25 000 Wagen benötigt, und die Durchführung des rasch bewilligten Achtstundentages und andere Maßnahmen zur Umstellung auf die neuen Verhältnisse — wie der Minister sich schonungslos ausdrückte — wirken immer noch ungemein erschwerend auf den ganzen Betrieb. Dabei tritt nach und nach immer deutlicher zutage, daß auch die oberen Beamten nicht mehr die gleiche Arbeitsenergie aufbringen wie früher; der unaufhörliche Kampf mit tausend Widerständen innerhalb wie außerhalb der Betriebe, die Ablenkung durch politische, berufliche und allerhand sonstige Interessen, die durch den nicht zur Ruhe kommenden Unfrieden im Volke immer wieder aufgewühlt werden, lähmen mit der Zeit selbst den glühendsten Pflichterfüller, zum Schaden des Ganzen und damit natürlich auch aller seiner Teile. Der Prozeß der Auflösung, in dem wir uns befinden, zerlegt mit unerbittlicher Folgerichtigkeit alle Sicherungen persönlicher wie sachlicher Art, auf denen der preussische Staat errichtet war — der vielgeschmähte preussische Staat, den manche unter uns erst jetzt nach Gebühr einzuschätzen lernen werden, da seine Lage, wie es scheint, gezählt ist.

Schwarz in schwarz sehe er die Zukunft der Eisenbahnen, sagte Herr Deiser, ein Mann, der seiner Natur nach durchaus nicht zum Pessimismus hinneigt. Und die Zukunft der Bergwerke, der Domänen und Forsten, aus

denen der preussische Staat früher in besseren Zeiten seine Einnahmen bezog? Mit trüben Aussichten treten wir in den ersten Friedenswinter. Er bedroht uns mit Gefahren, von denen wir uns in den vier, fünf Jahren des Krieges nichts träumen ließen.

Preussische Landesversammlung.

(62. Sitzung.) 11. Berlin, 9. Oktober.

In der heutigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wurde die zweite Beratung des Eisenbahnausbaus fortgesetzt. Der Abg. Dominikus (Dem.) begründete einen Antrag der Demokraten, Sozialdemokraten und des Zentrums um beschleunigte gründliche Umgestaltung der Eisenbahnverwaltung und eine allen Anforderungen genügende technische Ausgestaltung der Eisenbahnverhältnisse, sowie Beschaffung geeigneter Materials und ausreichender Werkzeuge. Der Antrag verlangt ferner in seinem Hauptteil Behebung der gegenwärtigen schweren Transportkrisis durch sofortige verlässliche

Einführung eines Afford- oder Prämiensystems zur Steigerung der Arbeitsleistung. Dabei soll die Arbeiterschaft durch ihre Vertrauensleute mitwirken und insbesondere an der Festlegung und der Durchführung der Bedingungen beteiligt werden. Der Redner führte aus, daß als Grundlages für die Einführung eines Lohnsystems, das der Arbeitsleistung dienen soll, zu gelten hat, daß kein Arbeiter weniger verdienen darf, als nach dem jetzigen Lohnsystem. Er hat ferner die Arbeiterschaft, diesen Antrag, der aus der Notlage heraus entstanden sei, nicht mit Mißtrauen aufzunehmen, sondern durch ihre Mitarbeit dem Ministerium die Einführung eines zweckmäßigen Lohnsystems zu ermöglichen.

Deutsche Nationalversammlung.

(94. Sitzung.) 10. Berlin, 9. Oktober.

Zwei wichtige Gänge wurden in der heutigen Sitzung im Ausschuss erledigt. Die Haushaltspläne des Justiz- und des Finanzministeriums des Reiches. Viel Neues brachten weder die Reden vom Ministerialrat noch aus dem Hause. Der Reichsfinanzminister wies besonders darauf hin, daß durch die Vereinfachung der Steuerverwaltung der Anfang zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates gemacht würde. Der Finanzminister betonte ferner die Notwendigkeit, daß das Werk der Reichsfinanzreform noch vor Beginn der Ferien Ende dieses Monats verabschiedet werde. Das Einkommen, mit dem die Beratung der beiden Gänge geführt wurde, war wohl eine Folge der Erregung, die das Haus nach der Auseinandersetzung des Reichswehrministers mit der äußersten Rechten durchgitterte. Denn es ist keine Kleinigkeit, wenn ein Minister das Recht zu haben glaubt, einer Partei vorzuerufen, sie untergrabe systematisch das Vertrauensverhältnis zwischen ihm und den Offizieren und zermürbe den militärischen Apparat, der mit Mühe wieder aufgebaut worden sei. Und, namentlich, wenn vom Ministerialrat aus mitgeteilt war, es sei gegen die Vertreter einer Fraktion, die im Auftrage der äußersten Rechten hergestellt wurde, Strafantrag gestellt, weil, wie der Minister sagte, der Versuch gemacht wurde, die Soldaten zu Treulosigkeit und Unbotmäßigkeit zu verführen. Nach solchen Ausführungen fallen alle weiteren Verhandlungen ab, selbst wenn es sich um wichtige Gänge handelt.

Die Redner der Unabhängigen.

Die heutige 94. Sitzung trug nicht das selbe Gepräge wie die gestrige: schwacher Besuch, wenig Teilnahme. Daran hat auch der gestern verübte Anschlag auf den Führer der Unabhängigen, den Abg. Haase, nichts zu ändern vermocht. Aber auf den Verlauf und den Inhalt der Verhandlung übte der Anschlag im Gegenstich zu gestern, einen erheblichen Einfluß aus. Gestern beschäftigten sich die Mitglieder der Nationalversammlung hauptsächlich in ihren privaten Gesprächen mit diesem Ereignis. Öffentlich kam es deswegen nur zu zwei Rundgebeten, der des Präsidenten Fehrenbach und der des Abg. Dr. Stresemann von der Deutschen Volkspartei. Heute aber holte ein anderes Mitglied der unabhängigen Sozialdemokraten, der Abg. Dr. Cohn, das nach, was der Abg. Haase gestern hatte ausführen wollen. Von Seiten der Unabhängigen war schon gestern angekündigt worden, daß es zu Enthüllungen über Intrigen der gegenrevolutionären Regierung in Ausland kommen würde. Diese Intrigen sollten in Berlin und mit Wissen der deutschen Regierung geschehen sein. Im Eingangs seiner Rede erklärte der Redner, die Bluttat vor dem Reichstagsgebäude hat allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Die Beweggründe des Täters sind noch unklar, wir warten ab, ob sich das Dunkel nicht klären wird und hüben uns, den Führer einer Partei oder einer bestimmten Clique anzuhängen. Aber solche Morde werden nur in einer Atmosphäre, in der die Morde revolutionärer Arbeiterführer und bisherige Offiziere mit Anstand verurteilt werden. Abgesehen davon beschäftigte sich der Redner mit der von dem Abg. Scheidemann erörterten Frage einer

Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen.

Hier betonte der Abg. Dr. Cohn: Wir lassen uns auf keine falschen Wege leiten; unter Kurs bleibt der alte. Des weiteren sagte er, daß die Unabhängigen zu einer Wiedervereinigung mit den Mehrheitssozialisten bereit seien, aber nur unter der Voraussetzung, daß eine gründliche Änderung des Regierungsplanes eintritt. Unter dem Gesichtspunkt der Mehrheitssozialisten richtete hierauf der Redner verschiedene heftige

Angriffe gegen den Reichspräsidenten. Obert. Bezeichnend ist es, so sagte er, daß Ebert seinerzeit Wert auf die Feststellung legte, daß ihm Ernst Marx das Reichskanzleramt übertragen habe. So begann die Laufbahn dieses merkwürdigen Sozialisten. Er hat seinen Lohn dahin. Er ist der erste soziale Reichspräsident und wird auch der letzte sein. Seine Präsidentschaft wird so lange dauern, wie die Regierungszeit eines Schalkenskindes und wird auch nicht viel mehr Spuren in der sozialen Regierung hinterlassen. Dann wandte sich der Redner gegen den Belagerungsstand, die Schutzhalt, die Militärjustiz und dann erst kam er auf die vermeintlichen Enthüllungen

zu sprechen. In dieser Beziehung, meinte er, oft von Fehleinschätzungen unterbrochen, folgendes: Die Schnorrer und Verschwörer stammen jetzt aus einer anderen Gesellschaftsklasse. Sie nennen sich einmal „Westfälischer Rat“, ein anderesmal „Westfälische Regierung“ mit einem richtigen Kabinett. Man sieht in Deutschland Verträge über Darlehen zur Finanzierung von Kriegsunternehmungen. Das sind politische Abenteuerer, die nichts hinter sich haben außer

dem achtungswürdigen Sammelgen der deutschen Regierung. Das Falsche dieser Verträge liegt nicht in der Höhe. 800 Millionen sollten für politische und militärische Zwecke Westfalands aufgenommen werden und verpfändet wurden dafür das gesamte bewegliche und unbewegliche Eigentum eines noch nicht bestehenden Staatswesens. Ein politischer Spagat hat die Herren aufpassen lassen und mit ihnen, angeblich im Namen des Hauses Morgan in New York einen solchen Darlehensvertrag abgeschlossen. Diese Verhandlungen wurden bisher in der Wohnung des früheren Staatssekretärs Dr. Soli, Wilhelmstraße 66, abgehalten. Wenn man diese Wohnung telephonisch anruft, meldet sich Oberst Bornow, der Kriegsminister von Westfalen. Wie kann die Regierung, so fuhr der Redner fort, solche Verträge dulden! Wir haben das größte Interesse daran, mit Rußland in Frieden zu leben.

(Noch bevor Abg. Dr. Cohn seine „Enthüllungen“ in der Nationalversammlung vorbrachte, wurden sie in der Berliner Mittagspresse „enthusiasmisch“ aufgenommen. Danach ist der Spagat, dem der Präsident Ebert aufgegeben hat, ein vorgegebener Parteimann der Unabhängigen namens Roschell. Außer dem Anleihevertrag hat Roschell noch einen „Kommissionsvertrag“ abgeschlossen, durch den er sich persönlich u. a. eine Provision von vier Millionen Mark für das Zustandekommen des Geschäftes sichert. Es entsteht die Frage, wer hier getäuscht hat und wer getäuscht worden ist. Von einer Zentrale des Bankhauses J. B. Morgan ist übrigens in Berlin nichts bekannt.)

Reichswehrminister Noske, der nunmehr das Wort ergreift, nimmt zunächst Äußerungen zurück, die er gestern bei der Erwähnung einer Druckschrift, die im Auftrag des Parteivorstandes der Deutschnationalen hergestellt ist, gegen die Deutschnationalen getan hatte. In dieser Beziehung erklärte er, daß der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, Staatsminister a. D. Bergt, ihm heute vormittag die bündige Erklärung abgegeben habe, daß der Vorstand der deutschnationalen Partei einen derartigen Auftrag nicht erteilt habe. Der Irrtum ist darauf zurückzuführen, fügte der Reichswehrminister hinzu, daß der Vorstand der deutschnationalen Partei einen anderen Druckauftrag gegeben habe, in dem bezeugt wird, den Herrn Reichspräsidenten und mich verächtlich zu machen.

Abg. Dr. Cohn wandte sich, der Reichswehrminister gegen eine Reihe von Beschwerden des Abg. Cohn. Die Partei dieses Herrn diskreditierte auf die Dauer das eigene Land. Fortgesetzt machen die Unabhängigen das Ausland gegen Deutschland scharf, besonders mit Beziehung auf militärische Fragen, durch die Verbreitung von falschen und direkt erlogenen Behauptungen.

Wie brauchen Truppen an der Ostgrenze.

Wenn die Tatsache feststeht, daß Polen seine Armee leider dauernd vergrößert. Von amtlichen Stellen wird selbstverständlich an Polen kein Kriegsmaterial geliefert, aber an einzelnen Stellen haben sich Schleier Kriegsmaterial selbst auf die Gefahr hin an Polen geliefert, daß diese Waffen sich gegen Deutschland selbst kehren. Wir bauen die Truppen im Osten ab, so rasch es die Lage gestattet. Überschließen, West- und Ostpreußen sind aber solange zu sichern, bis wirklich der Friede besteht. Deshalb sollte sich die Partei des Herrn Cohn endlich das Denunzieren der Regierung abgewöhnen. Die Unabhängigen haben an nationaler Würdelosigkeit in letzter Zeit so viel geleistet, daß es kaum noch überboten werden kann. Ihre Politik ist für Deutschland und nicht zuletzt für die deutschen Arbeiter geradezu verhängnisvoll.

Auf die sogenannten Enthüllungen

des Abg. Dr. Cohn bekräftigte sich der Reichswehrminister auf die Erklärung: Ich weiß, daß Werbungen entgegen dem Verbot, bis in die letzte Zeit stattgefunden haben. Es herrscht auf vielen Gebieten ein großes Maß von Unbotmäßigkeit. Es ist auch richtig, daß Russen aus bürgerlichen Kreisen sich in Deutschland aufhalten, genau so wie auch noch russische Soldaten im Lande sitzen. Wir können ihnen aber das Handwerk nicht so schnell legen, wie wir gern möchten. Es ist auch richtig, daß russische Soldaten in Genußraum sitzen, daß die Regierung nicht gewillt ist, diese unerwünschten Gäste auf das Volk loszulassen. München ist ein abschreckendes Beispiel, und wir wollen andere Städte vor diesem Schicksal bewahren. Sobald ich diese Leute ungefährdet durch die Gebiete hindurchbringen kann, die zwischen Deutschland und dem Vaterland liegen, werden sie mit größter Beschleunigung ihrer Heimat wiedergegeben werden. Die Unabhängigen halten nur Reden, aber sie machen keine praktischen Vorschläge. Der Aufruf der Unabhängigen auf sofortige Wiederaufnahme des Friedenszustandes mit Sowjetrußland enthält leere Phrasen und fordert uns zur

Verletzung des Versailler Vertrages

auf, wonach wir mit Rußland keine Verträge schließen dürfen. Der Redner schloß mit der, mit großem Beifall aufgenommenen Bemerkung: In den Zeitungen kann man alle möglichen Dummheiten schreiben, man kann auch alle möglichen Torheiten reden, eine Regierung darf aber nicht töricht handeln. Der nächste Redner war der Reichsminister des Auswärtigen Müller. Er gedachte zunächst der internationalen Arbeiterkonferenz in Washington und betonte, daß wir nur als gleichberechtigter Teilnehmer an dieser Konferenz gehen würden und daß über eine Einladung in diesem Sinne noch Verhandlungen schweben. Sodann schilderte der Redner ausführlich die Verhältnisse im Baltikum. In dieser Beziehung brachte er nichts Neues. Der Standpunkt der Regierung in dieser Frage ist bereits aus so und so vielen Veröffentlichungen hervorgegangen.

Mit dem bayerischen Bauernbündler Abg. Essendorfer schloß die erste Rednerreihe und es kamen zum Wort die Redner „zweiter Garnitur“.

zunächst sprach der Mehrheitssozialist Dr. Meerfeldt und dann der Deutschnational D. Traub. Eine kurze Erwiderung des Reichswehrministers, worauf der Demokrat Frhr. v. Nostitz das Wort erhielt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Annahme der Prämienanleihe im Ausnahmefall. Auf Grund des Gesetzes über einen Anleihekredit für das Rechnungsjahr 1919 sowie die Ausgabe von Inhaberpapieren mit Prämien ist der Reichsminister der Finanzen ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsausschusses der Nationalversammlung die zur Verteilung außerordentlicher Ausgaben bewilligten Kredite auch durch Ausgabe von Inhaberpapieren mit Prämien ausfüllen zu lassen. Ein

vom Reichsminister der Finanzen im Ausschuss vorgelegter Plan für eine Sparprämienanleihe ist in der Sitzung des Beherrschungsbeirats eingehend besprochen worden und hat gegen eine Stimme bei einer Stimmenthaltung Annahme gefunden.

• Auf eigene Faust ins Baltikum. Eine 120 Mann starke Abteilung der Jägerregimenter 9 und 10, die in der Absicht, zu der kurländischen Freiwilligenarmee zu stoßen, entwich, sollte vom Mittelmarsch-Marschall mit einer Abteilung Litauer Dragoner zurückgeholzt werden. Da die Jäger sich der Entlassung widersetzen wollten, einigte man sich darauf, sie bewaffnet nach Litauen zu bringen. Nachts wurde die Jägerabteilung in Schreitanken untergebracht. Morgens besetzten sich die Jäger wieder und entzogen sich der Grenze. Ein paar Mann wurden in der Gegend von Raugzargen festgenommen.

• Leuten rechtfertigt sich. Der in Wien verhaftete Spartakistenführer Dr. Leuten erklärte bei einem neuerlichen Verhör, daß es gänzlich unwahr sei, daß er an der Errichtung der im Luitpold-Gymnasium untergebrachten Geiseln irgendwelchen Anteil gehabt habe. Dies habe ihm selbst die Münchener Regierung nicht vorgeworfen. Bei der „Roten Fahne“ in München habe er nur als Redakteur fungiert.

• Belagerungszustand im Saargebiet. Der französische General Andlauer erklärt für das Saargebiet eine Verfügung, in der es heißt: „Verschiedene Läden sind geschlossen worden. Die Angestellten der Bahn streiken. Einige Metallarbeiter haben sich den Streikenden angeschlossen. Nach eingegangenen Nachrichten soll demnächst das ganze Saargebiet streiken. Zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verhängt der General als oberster Verwalter des Saargebietes zunächst den Belagerungszustand über das Saargebiet; niemand darf sich nach 9 Uhr abends auf der Straße aufhalten, es sei denn, daß er nachweislich Dienst verrichtet. Das Zusammensteigen und Versammlungen werden nicht geduldet. Weitere Maßnahmen werden in Kürze getroffen werden.“

• Der „wirtschaftspolitische“ Unterstaatssekretär. Bei der Reform des Auswärtigen Amtes ist die Ernennung eines „wirtschaftspolitischen“ Unterstaatssekretärs, neben dem „politischen“, notwendig geworden. Den politischen Posten wird der Gesandte v. Daniel bis auf weiteres verwaltet. Als wirtschaftspolitischer Unterstaatssekretär ist der Geheimrat Legationsrat Dörs in Aussicht genommen. Dieser wurde während des Krieges der deutschen Volkswirtschaft in Wien beigegeben und hatte in Wien an den oft sehr schwierigen wirtschaftlichen Verhandlungen einen hervorragenden Anteil. Dann wurde er in das Auswärtige Amt berufen, wo er seit dem Rücktritt des Unterstaatssekretärs v. Rosenberg provisorisch die politische Abteilung dirigiert.

• Das Projekt einer Industriezone im Westen. Ist Gegenstand interfraktioneller Besprechungen im preußischen Abgeordnetenhaus gewesen. Die Anregung zu dieser Besprechung war von der Zentrumsfraktion ausgegangen, für die Abg. Klotz (Essen) eingeladen hatte. Die Ansichten waren geteilt, insbesondere äußerten die Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und Sozialdemokraten schwere Bedenken gegen die Errichtung einer Industriezone. Die Frage wurde zur weiteren Behandlung einem besonderen Ausschuss von fünf Mitgliedern überwiesen.

Frankreich.

• Wiederaufnahme der Beziehungen mit Deutschland. In Paris wird angenommen, daß vielleicht schon in der kommenden Woche der Kriegszustand zwischen Frankreich und Deutschland aufhören werde und die diplomatischen Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern wieder aufgenommen werden würden. Für eine gewisse noch zu bestimmende Zeit werde ein einfacher Paß genügen, um von Frankreich nach Deutschland oder von Deutschland nach Frankreich zu reisen.

Bulgarien.

• Die Verzweiflung über den Friedensvertrag. Der Inhalt des Friedensvertrages hat auf die ganze bulgarische Bevölkerung niederschmetternd gewirkt und eine allgemeine Verzweiflung hervorgerufen. Bisher konnte keine Regierung gebildet werden, weil kein bulgarischer Politiker das Wagnis unternehmen wollte, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, wie überhaupt die allgemeine Stimmung gegen die Unterzeichnung sei. Der Anhang der Bolschewisten wächst von Tag zu Tag. Besonders ein großer Teil der durch die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages brotlos gewordenen 80 000 Offiziere schließt sich an die Bolschewisten an und tritt in die Rote Armee ein. Man sieht der nächsten Zeit mit großer Sorge entgegen.

Hallig Hooge.

Ein Nordsee-Roman. Von Nanny Wotho.

(Nachdruck verboten.)

Amerikanisches Copyright 1917 by Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

„Sie verdienen sich einen Gotteslohn! Wenn ich denke, daß es einem von meinen Geschwistern, zwei Buben und ein Mädchen waren es, so wie der arme Eile ergangen wäre, dann kramt sich mir das Herz zusammen. Es ist ja Wahnsinn, so etwas nur in Erwägung zu ziehen, denn die Nachforschungen haben ergeben, daß das Schiff, auf dem die Meinen sich befanden, wahrscheinlich an der norwegischen Küste strandete. Nicht ein einziger Überlebender hat sich gemeldet und doch hatte das Schiff mehr als 80 Passagiere an Bord.“ Phönix, hieß der Dampfer, von dem man nie wieder etwas gehört hat. Dann kann natürlich keins von den Kindern, wie Ihre kleine Eile hier, in der Welt umherirren. Aber der Gedanke, daß es dennoch so sein könnte, martert mich geradezu.“

Mein Onkel und Vormund und später ich selbst haben die eingehendsten Erkundigungen eingezogen, aber ohne jedes Ergebnis, und ich muß schon annehmen, daß die Meinen damals alle ihr Grab in den Wellen fanden.“

„Wie einsam müssen Sie da schon in fröhlicher Jugend gewesen sein.“ antwortete Britta teilnehmend.

Holm sah ihr ernst in die Augen, die sich unter seinem Blick jetzt unwillkürlich senkten.

„Ja, ich hatte eine traurige Jugend. Mein Onkel war ein strenger und kaltherziger Mann. Wenn die Tante nicht immer vermittelt hätte, wäre es wohl noch schlimmer für mich gewesen. Ich sollte durchaus Kaufmann werden. Ein großer Handelsherr, wie er und wie mein Vater war. Aber mein Sehnen ging nicht danach. Ich wollte studieren, setzte es auch durch. Damals in meiner Studienzeit lernte ich zuerst Ihren Herrn Bruder kennen.“

Du Erkel seufzte und Britta sah ihn besorgt an.

Das war die Zeit, als Du so plötzlich, weil der Vater starb, seine Studien abbrechen mußte, um in das Seminar einzutreten. Anstatt Gymnasial- mußte er Volksschullehrer werden, weil er da früher zu Amt und Verdienst kam.

Ukraine.

• Kriegserklärung an Denikin. Alle Bemühungen der ukrainischen Regierung, einen Kampf mit Denikin zu vermeiden, sind gescheitert. Die ukrainische Truppe ist von der russischen Freiwilligenarmee überfallen worden, worauf die ukrainische Regierung Denikin den Krieg erklärt hat. Das Vordringen der Truppe Denikins nach Westen ist aufgehalten. Es haben heftige Kämpfe um Christinowka stattgefunden. Die Kriegserklärung ist von der ukrainischen Bevölkerung mit Begeisterung aufgenommen worden, denn es ist ein Krieg um die nationale Befreiung. Auch hinter der Front Denikins sind Bauernaufstände ausgebrochen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die deutsche Regierung hat wegen der Behandlung der Rückkehrer aus den belgischen Kriegsgefangenenlagern eine Note an die belgische Regierung gerichtet, in der um Abstellung der Völkerausbreitungen gegen die Transportzüge erklart wird.

Berlin. Der preussische Kultusminister hat in einem neuen Erlass bestimmt, daß die Befreiungen von Kindern vom Religionsunterricht immer nur zum Beginn eines neuen Semesters zulässig sein sollen, und zwar ist diese Regelung aus schulrechtlichen Gründen getroffen worden.

London. Der schon vierzehn Tage dauernde Ausstand von 50 000 englischen Metallarbeitern nimmt immer ernstere Formen an.

Oslo. General Koltischak machte bei einer weiteren Offensive gegen die Bolschewisten 15 000 Gefangene und stürmte Teboff.

Reval. Die Bolschewisten schlagen ein neutrales Land als Sitz der Verhandlungen für den Frieden im Baltikum vor. Es soll Dänemark oder Holland gewählt werden. Bei den Verhandlungen soll der „allgemeine Frieden“ (zwischen Sowjetrußland und der übrigen Welt) angebahnt werden.

Newyork. Trotz der kürzlich erfolgten Lohnerhöhung haben in Newyork 20 000 Dockarbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Abfahrt der Dampfer ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Soziales und Provinzielles.

Halver, den 11. Oktober.

□ Was kosten Postsendungen ins Ausland? Über die am 1. Oktober in Kraft getretenen neuen Gebührensätze für Postsendungen ins Ausland herrscht in der Öffentlichkeit noch eine große Unkenntnis. Nach Deutschland, Österreich, Tschecho-Slowakei, Ungarn und Luxemburg kosten Postkarten, Briefe, Druckfachen (nur bis 1 Kilogramm), Geschäftspapiere (nur bis 1 Kilogramm), Warenproben (nach Ungarn nur bis 350 Gramm), Mischsendungen, Wert- und Einschreibsendungen daselbst wie im Inlandverkehr. Für Postanweisungen nach Deutschland, Österreich, Tschecho-Slowakei, Ungarn und Luxemburg werden jedoch für je 40 Mark 20 Pfennig berechnet. Für Paketsendungen nach den vorgenannten Ländern wie auch nach dem übrigen Ausland besteht ein besonderer Tarif. Nach dem übrigen Ausland kosten Postkarten 15 Pf., mit Antwort 30 Pf., Briefe bis 20 Gramm 30 Pf., jede weiteren 20 Gramm 20 Pf., Druckfachen je 50 Gramm 5 Pf. (bis 2 Kilogramm), Geschäftspapiere je 50 Gramm 5 Pf., mindestens jedoch 30 Pf. (bis 2 Kilogramm), Warenproben je 50 Gramm 5 Pf., mindestens 20 Pf. (bis 850 Gramm), Mischsendungen je 50 Gramm 5 Pf., mindestens 20 Pf., wenn die Sendung nur Druckfachen und Warenproben enthält, sonst 30 Pf. Für Wertsendungen und Postanweisungen bestehen nach den einzelnen Ländern besondere Tarife, die man am besten am Posthalter erfragt; für Einschreibsendungen wird eine Gebühr wie für gewöhnliche Sendungen gleichen Gewichts zuzüglich einer Einschreibgebühr von 20 Pf. erhoben.

— Zwischen dem unbefestigten Deutschland und der belgischen Zone der besetzten deutschen Rheingebiete können von jetzt an in beiden Richtungen auch verschlossene Briefe in Privatangelegenheiten jeder Art befördert werden. Die besonderen Vorschriften über den Postverkehr mit der belgischen Zone (Spalte 14 des vom Reichspostministerium veröffentlichten Merkblattes), die unverändert bestehen bleiben, gelten, soweit sie für den Briefverkehr in Betracht kommen, auch für diese Privatbriefe.

• Halver, 11. Okt. Der erste Schnee ist gefallen, wenn er auch noch keine bleibende Stätte findet, so mahnt er uns doch, daß wir so langsam dem Winter entgegenziehen. Mehrere gute Tage sind noch notwendig um die letzten Früchte der diesjährigen Ernte hereinzuholen. Hoffen wir, daß der Winter, bei der großen Kohlen- und Verkehrsnot diesmal gelinde werden wird.

(1) Halver, 11. Okt. Wir lesen im Lüdensch. Gen. Anz.: Wie wird der Ortsname Halver ausgesprochen? Halver oder Halwer? Eingeborene behaupten, richtig sei Halver, aber landläufig — in der plattin Sprache — sage man Halwer (oder Haolwer). Da diese hochwichtige Frage aber Gegenstand einer Wette ist und man heutzutage ja so viel Zeit übrig hat, bringen wir die Frage vor das Forum der Sprachschaffverständigen. Wir geben ihnen hiermit Gelegenheit, sich zu äußern.

• Ehringhausen, 10. Okt. Der hier kürzlich gegründete Arbeiter-Gesangsverein „Gemischter Chor“ hat sich in einen Männergesangsverein umgewandelt. Sangeslustige, die sich noch an den Verein anschließen wollen, sind herzlich willkommen. Die Chorstunden finden Mittwochs abends 8 Uhr statt. Dirigent ist Herr Peters, Lüdenscheid.

• Schalksmühle, 10. Okt. Aus englischer Gefangenschaft kehrten zurück: Fritz Elm, Sohn des Herrn Joh. Elm zu Nieder-Reeswinkel, Albert Steinbach, Sohn des Herrn Carl Steinbach zu Reeswinkel, Walter Fischer, Sohn der Ww. Fischer zu Reeswinkel. Wir wünschen allen ein herzlich willkommen in der Heimat.

• Dortmund, 10. Okt. Der Streik in der hiesigen Metallindustrie ist abgewendet worden. Durch Abstimmung erklärten sich die Arbeitnehmer mit den Zugeständnissen der Arbeitgeber einverstanden.

Dortmund, 10. Okt. Die Bankräuber, die am 4. d. M. die Gewerbebank in Werne an der Lippe überfallen und beraubt haben, sind gefaßt worden. Es handelt sich um drei Männer aus Osnabrück. In ihrem Besitz fand man außer drei Revolvern noch 10 000 Mk. in bar und 76 000 Mark in Wertpapieren.

Boschum, 9. Okt. Einem frechen Raubüberfall ist der Fuhrmann Schellenberg zum Opfer gefallen. Er wurde von zwei Kerlen auf seiner Kohlenkarre überfallen, mit Waffen bedroht, festgebunden und in diesem Zustande zum Wanner Güterbahnhof gefahren, wo die Täter die Karre zurückließen und unter Mitnahme des Pferdes im Werte von 10 000 Mark und der Barschaft Schellenbergs verschwanden.

Hamm, 10. Okt. Der Bahnhofsumbau ist nunmehr soweit vorgeschritten, daß demnächst der erste hochgelegte Bahnsteig für die Strecke Soest—Münster in Betrieb genommen werden kann. In etwa drei Monaten sollen das neue Empfangsgebäude und der zweite hochliegende Bahnsteig für die Richtungen Unna und Münster dem Betrieb übergeben werden.

Siegen, 8. Okt. Im Kreise Siegen sind die Pocken ausgebrochen. Todesfälle sind bisher noch nicht eingetreten.

Kirchen (Sieg), 10. Okt. Die hiesige Lokomotivfabrik von Jung teilt ihren Arbeitern mit, daß sie infolge Materialmangels, sowie des Ausbleibens von Aufträgen eine Streckung der Arbeit vornehmen müsse. Es sei deshalb in absehbarer Zeit eine Verminderung der Arbeitskraft notwendig.

Vollziehung der Handelskammer Lüdenscheid.

— Lüdenscheid, 8. Oktober 1919.

Die gestrige Vollziehung wurde vom Vorsitzenden eröffnet und geleitet, der zunächst einen kurzen Rückblick und Ausblick auf die wirtschaftliche und politische Lage warf. Hierauf berichtete der Syndikus kurz über die neuen Steuergesetze (Erbchaftssteuergesetz, Vermögenssteuergesetz, Spielkartensteuergesetz, Zündwarensteuergesetz, hinsichtlich des letzteren die Kammer im Interesse der hiesigen Feuerzeugindustrie eine wesentliche Herabsetzung der ursprünglich geplanten hohen Steuersätze hatte erreichen können, sowie über Zuckersteuergesetz, Tabaksteuergesetz, Grundbesitzsteuergesetz, Raupensteuergesetz). Bei dem Gesetz über die einmalige Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und bei dem Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 verweilte er länger. Ueber diese beiden Gesetze beabsichtigt die Kammer vor den Handel- und Gewerbetreibenden des Bezirks in einigen Wochen von einem Steuerfachmann einen Vortrag halten zu lassen und dazu durch die Tagesblätter einzuladen. Die am 16. Juli d. Jrs. in Essen-Kuhr von den vereinigten Handelskammern des niederrheinisch-west-

„Das bin ich auch,“ lachte Holm gemühtlich, „aber erst in zweiter Linie. Das gehört ja eigentlich dazu. Hier aber auf Hallig Hooge, Fräulein Britta, möchte ich vor allen Dingen einmal Mensch sein. Hier in der Einsamkeit, allein mit dem Meer, ist man seinem Herrgott am nächsten. Sie wissen gar nicht, wie gut Sie es haben, daß Sie nichts da draußen von der Welt kennen. Hier nur ist Frieden, hier nur ist Glück.“

„Und doch möchte Britta gern einmal hinaus in das bunte Treiben,“ schaltete Dw ein. „Als sie in Hamburg ein Jahr in Pension war, da starb sie bald vor Sehnsucht nach unserer Hallig, nun aber kommt es mit oft vor, als hätte Britta, wie die kleine Eile, Sehnsucht nach dem Festland, mit all seinem wirren Treiben, Hasten und Mühen.“

„Nein, Bruder, nein, du irrst,“ rief Britta, hastig aufstehend, „das ist es nicht. Aber mit dem Festland verbindet sich mir immer die Empfindung von einem wunderschönen Traum. Ich möchte ihn greifen und halten, aber immer wieder fühle ich ihn mir entgleiten. Nein, Dw, Sehnsucht habe ich nicht, aber doch meine ich, ein Glückstraum liegt für mich dahinter, in der Ferne, wenn auch meine irdischen Augen die Schleiern nicht durchdringen können, die sich darüber breiten.“

Holm von Thünen sah lange in das ernste, bewegte Mädchen Gesicht. Welch seltsame Sprache dieses einfache Mädchen führte, das ihr Haupt so stolz und frei im Kranz seiner blonden Flechten trug, die, wie der Ring an ihrer Hand besagte, eines Mannes Braut war, von dem niemand sprach.

Und Holm ertappte sich auf dem Gedanken, daß er darauf beamtete, zu wissen, wem Britta sich angelobt.

Natürlich konnte er nicht fragen, aber die Pein blieb selbst dann noch, als er mit Dw Erkel allein war und er nun doch hätte eine Frage tun können.

Nein, er wollte es gar nicht wissen. Dw Erkel mußte sich wieder in die Schule und bald hörte Holm von Thünen den Gesang der Kinder bis in seine Stube hinaufschallen:

Kindern Jesus, komm zu mir,

Bring mit wat in mien Gatt,

Ich will beeden Dag in Nacht,

Ich will wol to School gaen,

Ich will wol wat leeren,

Ich will wol to warwen gaen

Un mien Dellen ud wol hopen.

(Gedicht von Jolab.)

fälschen und südwestfälischen Industriebezirks gefälschte Entschlüsselung zu den Entwürfen der obigen Steuergesetze fand die Billigung der Vollversammlung. Ueber die geplante Vermögensabgabe (Reichsnotopfer) verbreitete sich der stellvertretende Vorsitzende ausführlicher und ebenso über die Umsatzsteuer der Vorstände; die in deren Gegenwart am 3. d. Mts. in Essen-Ruhr gefasste Entschlüsselung zum Reichsnotopfer und zur Umsatzsteuer sind in diesen Tagen durch die Zeitungen veröffentlicht worden. Die Kammer hieß dieselben gut.

Ueber den heutigen Stand der Frage der „Betriebsräte“ referierte der Syndikus, besonders die Verhandlungen des Handelstages und der vereinigten Kammern berücksichtigend. Gegen die f. St. veröffentlichte Entschlüsselung der letzteren vom 18. August d. Jrs. fand sich ebenfalls nichts zu erinnern. In Kürze wird der Entwurf über das Betriebsrätegesetz in Essen-Ruhr von den Kammern wieder behandelt, und gegen die in das Wirtschaftsleben tief einschneidenden Bestimmungen erneut Einspruch erhoben werden. Es wurde beschlossen, auf die Abgeordneten des Bezirks zur Abschwächung des Entwurfs einzuwirken.

Unter „Verkehrsfällen“ kamen hauptsächlich die Verhältnisse bei der Eisenbahn und Post zur Sprache. Der Entwurf zum neuen Fahrplan läßt in unserem Bezirke die augenblicklichen Zugverbindungen vorläufig noch bestehen, bringt auf der Halberstädter Strecke sogar einige Verbesserungen. Nach Bedarf sollen über Hagen-Altena direkte Züge zwischen Holland und Basel mit Schlafwagen geführt werden. Ueber die zu langsame Entleerung der Eisenbahnwaggons wurde wieder lebhaft Klage geführt und dringend empfohlen, auf Abhilfe zu halten, da die Eisenbahnverwaltung sonst zu energischen Maßnahmen greifen will. Es wurde begrüßt, daß die hiesige Station durch einen Nebenanschluß der Güterabfertigung (Nr. 36) zum Zwecke der Auskunftserteilung u. s. w. an das Reichsfernnetz auf den Antrag der Kammer angeschlossen ist. Die Bemühungen wegen des Gasmanagements auf dem hiesigen Staatsbahnhof eine bessere Beleuchtung herbeizuführen, sollen fortgesetzt werden; die augenblicklichen Zustände erheischen dringend eine durchgreifende Aenderung, Behebung steht zu erwarten. Klagen über das Fernsprech- u. Telegraphenwesen wurden erneut vorgebracht und auf die Möglichkeit, sich die einlaufenden Telegramme gegen Gebühr sofort durch das Telephon zu sprechen lassen zu können, wie auch auf den hier bestehenden ununterbrochenen Tag- und Nachtdienst des Fernsprechanstalts erneut hingewiesen.

Ueber die Kohlen- und Rohstoff-Versorgung gab der Vorsitzende, der in der Vorwoche nach Berlin und Essen-Ruhr zweckdienliche Reisen gemacht hatte, eine erschöpfende Darstellung. Die Versorgung wurde als durchaus unzulänglich bezeichnet, es stehen nicht einmal für den Hausbrand, die Lebensmittelindustrie, Gas- und Elektrizitätswerke, Eisenbahnen usw. die notwendigsten Kohlen zur Verfügung. Die Entente besteht leider auch auf sofortige Lieferung. Zur erhöhten Förderung fehlten

meist Arbeitskräfte, Unterkunftsöglichkeit für solche und zur Abfuhr vor allem die Transportmittel, was nicht zuletzt auf die in den Eisenbahnwerkstätten noch bestehende Arbeitsunlust zurückzuführen ist, durch welche die Instandsetzung des rollenden Materials ungemein verzögert und erschwert wird. In der Beschaffung von Eisen und Sparmetallen sind trotz der höchsten Preise die Schwierigkeiten nicht zu beseitigen.

Für die Ernennung von Handelsrichtern und deren Stellvertreter auf das Jahr 1920 wurden 2 Kammermitglieder vorgeschlagen, ebenso die Rechnungsprüfer der abgeschlossenen Rechnung für das Jahr 1918 gewählt und für die im Dezember ds. Js. stattfindenden Ergänzungs- und Ersatzwahlen die Wahlkommission und Wahllokale bestimmt.

Der Bericht über Ein- und Ausgänge betraf u. a. den Schriftwechsel betr. Exportmöglichkeit nach England und Frankreich, Zahlungen im Textilgewerbe, Groß- und Kleinhandel im Textilgewerbe, Eildienst des Auswärtigen Amtes. Errichtung eines Postcheck-Amtes in Dortmund, Geschäftsführerfragen, Vorschriften über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter, Sitzung des Kleinhandelsausschusses, Pässe, Dringlichkeitsbescheinigungen, Planwirtschaft, Verordnung vom 3. September 19 über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten, Einziehungen von Forderungen an das feindliche Ausland, Zahlung von Vorkriegsschulden an feindliche Gläubiger, Schutzverband für deutsche Auslandsforderungen, Eisen- und Stahlwarenindustrie, Verein für das Deutschtum im Ausland, die wirtschaftliche Propaganda im Ausland, Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, Arbeiterunruhen, Tumultgesetz, Unterbringung der zur Entlassung kommenden 300 000 Reichswehrangehörigen, Frachtkontrolle und sonstige Geschäftsvorfälle. Erinnerungen fanden nicht statt.

Vollzählungen.

Ein Nachwort zum 8. Oktober.

Nach jahrelanger Pause gab es am 8. Oktober in Deutschland wieder einmal eine Volkszählung, deren Ergebnisse man allgemein mit großer Spannung entgegen sieht. Sollen sie doch Aufschluß darüber geben, was wir im Kriege und durch den Verlust wertvoller Landestheile an kostbarem Menschenmaterial eingebüßt haben, und ob sich die Einwohnerzahl Deutschlands sehr beträchtlich verringert hat.

Schon im Altertum sind solche Auszählungen aller Angehörigen eines Landes oder Landesteiles veranstaltet worden, so in Ägypten unter Amasis 500 v. Chr., dann in Israel unter dem König David; doch beschränkte man sich damals nur auf die Ermittlung der wehrfähigen Mannschaften. In Rom wurde schon seit der Regierungszeit des Königs Servius Tullius in der Regel alle fünf Jahre eine Zählung für militärische und Steuerzwecke vorgenommen. Bekannt sind besonders die mit Vermögenserschätzungen verbundenen Volkszählungen unter dem Kaiser Augustus. Aus dem Mittelalter sind nur vereinzelt Zählungen in Stadtaemeinden, so in Nürnberg

und Strassburg, bekannt. Für Ermittlung der Bevölkerung der damaligen Zeit können neben den freilich mangel- und lückenhaften Kirchenbüchern nur noch mittelbare Anhaltspunkte benutzt werden.

Erst mit dem 18. Jahrhundert werden in einigen größeren Ländern Zählungen mit nachträglichen Revisionen an der Hand der Zivilstandsregister ausgeführt. Mit der zunehmenden Anerkennung der Bedeutung der Bevölkerung für das Staatsleben und der Wichtigkeit einer zahlenmäßigen Feststellung derselben hat der Staat das Volkszählungswesen in die Hand genommen, geordnet und zu einer regelmäßigen Aufgabe der amtlichen Statistik gemacht. Regelmäßig wiederkehrende Zählungen fanden statt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika seit 1790, in England seit 1801, in Preußen seit 1816. Heute gibt es periodische Volkszählungen in nahezu allen Kulturstaaten. Dabei ist das Volkszählungswesen technisch immer mehr vervollkommen worden.

Telegramme und Drabtnnachrichten.

Die erste Vollversammlung des Völkerbundes.

TU Basel, 10. Okt. Die „Baseler Nachrichten“ erfahren aus Paris: Eine Versammlung des Vollzugsausschusses des Völkerbundes, die in den nächsten Tagen stattfindet, wird sich schon jetzt mit einer Vollversammlung des Völkerbundes beschäftigen. Ohne allzu großen Optimismus kann man die amerikanische Ratifikation für Anfang November voraussehen. Die Vollversammlung wird wahrscheinlich kurz nach Neujahr eröffnet, da für die Organisation dieser wichtigen Manifestation des Völkerbundes einige Zeit nötig ist.

Milliardendefizit der Eisenbahn.

Berlin. Nach einer Mitteilung des preussischen Eisenbahnministers Decker in der Landesversammlung wird sich das schon auf 2 1/2 Milliarden veranschlagte Defizit der Eisenbahn noch um etwa 634 Millionen erhöhen.

Kohlenüberfluß in Oberschlesien.

Beuthen. Über die Folgen der riesenhaften Anschwellung der Kohlenhalde auf den ober-schlesischen Gruben wird in einer Zuschrift des Arbeitsausschusses der Feinbegrube u. a. gelagt, daß die Kohlenhalde auf den Gruben bereits zu brennen anfangen und daß die Kohlenmassen auseinandergerissen werden müssen, um des Feuers Herr zu werden.

Das Brauergewerbe vor der Stilllegung.

Berlin. Sämtliche Arbeitgeber im Brauergewerbe haben an den Reichstagskanzler ein gemeinsames Telegramm gerichtet, in dem sie erklären, daß sie alle Betriebe stilllegen und die Arbeiter entlassen müßten, wenn sie nicht sofort Geste geleistet erhielten.

Ein eigenartiger Streik.

Breslau. Über einen sonderbaren Streik wird aus Landeshut berichtet. Sämtliche Schmiedemeister sind dort wegen Nichtbewilligung geforderter Lebensmittelaufgaben in den Streik getreten. Sie haben sich verpflichtet, bei Vermeidung einer Geldbuße von 100 Mark keine Bestellungen auszuführen.

Niesenandwanderung nach Mexiko.

Rotterdam. Nach Meldungen aus Mexiko liegen dort über 30 000 Anfragen von Deutschen vor, die nach Mexiko auswandern wollen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver.

Amte Halver.

Weizenmehl.

Auf die schwarzumrandeten Mehlmarken des Kreises Altena der Woche vom 12. bis 18. ds. Mts. (Nr. 41) wird an die Eingefessenen des Amtes Halver Weizenmehl ausgegeben. Die Ausgabe geschieht in der Zeit vom 14. bis 18. ds. Mts. nach folgendem Plane:

Für die zu den Konsumvereinen Halver u. Oberbrügge angemeldeten Haushaltungen in den Verkaufsstellen der Konsumvereine.

Für die Inhaber der Lebensmittelausweis-Nummern:

- | | |
|-----------|---|
| 801—1200 | in den Geschäften von Ww. Junker, Karl |
| 1901—2000 | Iserburg, Anna Stecker, Karl Bürger und |
| 2001—2100 | August Schäckermann in Halver. |
| 2101—2400 | |
| 1801—1900 | Geschäft von Rudolf Johann in Carthausen. |
| 1521—1625 | „ „ Ww. Hager in Ehringhausen. |
| 1351—1520 | „ „ Ww. Laif in Oberbrügge. |

Gemeinde Schalksmühle.

Für die zum Konsumverein angemeldeten Haushaltungen in der Verkaufsstelle dieses Vereins. — Für die übrigen Bewohner der Gemeinde in den Geschäften Gustav Krampe, Schalksmühle und Ww. Menges, Dahlerbrück.

Die Kopfmenge beträgt 340 Gr. Bei dem Verkauf ist der Lebensmittelausweis vorzulegen. Es wird noch bemerkt, daß das Mehl nur an Eingefessene des Amtes Halver abgegeben wird.

Halver, den 10. Oktober 1919.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Diesem Personen, welche im Jahre 1920 ein Gewerbe im Umherziehen betreiben, haben die hierzu erforderlichen Wandergewerbescheine und zwar, falls sie am 1. Januar k. Jahres im Besitze derselben sein wollen, spätestens im Oktober ds. Js. bei der Ortspolizeibehörde hier zu beantragen.

Bei Stellung des Antrages auf Ausstellung eines Wandergewerbescheines hat der Antragsteller die für den Wandergewerbeschein nach Ziffer 2 und 3 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 4. März 1912 (Reichsgesetzblatt S. 189) erforderlichen unaufgezogene Photographie in Visitenkartenformat beizubringen. Mit dem Antrag auf Ausstellung eines gemeinsamen Wandergewerbescheines ist Photographie des Unternehmers, wenn ein Unternehmer nicht vorhanden ist, die eines Mitgliedes einzureichen. Die Photographie muß ähnlich und gut erkennbar sein, eine Kopfgröße von mindestens 1,5 Zentimeter haben und darf in der Regel nicht älter als 5 Jahre sein. Spätere Anträge auf Eintragung von Begeleitern, Ausdehnung der Scheine auf weitere Gegenstände und ähnliche Anträge sind bei der Ortspolizeibehörde anzubringen, und zwar unter Angabe der Nummer des Wandergewerbescheines. Etwasge Reklamationen gegen die Höhe der Steuerföge sind bei dem Landrat in Altena unter Angabe der Nummer des Wandergewerbescheines 3 Monate nach Bekanntwerden des Steuerföges.

Halver, den 9. Oktober 1919.

Der Amtmann.

Achtung! Achtung!

Auf zur Carlshöhe!

Sämtliche Metallarbeiter von Halver und Umgegend werden zu der am Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 5 Uhr stattfindenden

öffentlichen Versammlung

dringend eingeladen.

Als Referent erscheint ein Kollege des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsstelle Hagen.

Thema:

„Was ist zu tun, um die Zersplitterung der Arbeiterchaft zu verhüten.“

Wir bitten alle Außenbezirke, vollzählig zu erscheinen.

Wieviele Kollegen.

Amte Kierspe.

Margarineausgabe an Fettselfstversorger.

Die Abgabe erfolgt am 18. ds. Mts. in sämtlichen Fettgeschäften auf grüne Warenmarke Nr. 96.

Die Fettgeschäfte werden ersucht, die Warenmarken mit den Fettmarken für Fettselfstversorger am Mittwoch vormittag auf Zimmer Nr. 1 des Amtshauses bezw. bei der Ausgabe in Kierspe-Bhf. abzugeben. Wer seine Warenmarken in einem Geschäft ohne Fettverkauf abgegeben hat, muß die Warenmarke Nr. 96 bis spätestens Dienstag abend zurückfordern und einem Fettgeschäft überweisen.

Insofern Inhaber von gelben Warenkarten bezugsberechtigt sind, werden auf Antrag besondere Bezugsscheine auf Zimmer 1 des Amtshauses erteilt. Anträge haben spätestens bis Dienstag zu erfolgen.

Kierspe, den 9. Oktober 1919.

Der Amtmann. J. B.: Pfeiffer.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis unserer aus den Niederspannungsbereichen versorgten Kleinabnehmer, daß der Brennstoffpreis vom 1. Oktober d. J. ab eine Erhöhung erfahren hat und zurzeit 915,— Mk. für 10 t. frei Kraftwerke beträgt. Der Feuerungszuschlag stellt sich somit auf 915—130 = 785 : 50 = 16 x 5 = 80 Prozent.

Demgemäß beträgt der vom 1. Oktober d. J. ab bis auf weiteres in Anrechnung zu bringende Feuerungszuschlag bei 40 Pfg. Grundpreis 32 Pfg. und bei 20 Pfg. Grundpreis 16 Pfg. für jede KW-Stunde.

Hagen i. W., den 8. Oktober 1919.

Kommunales Elektrizitätswerk Mark, Aktien-Gesellschaft. F. Overmann.

Amte Halver.

Dem Carl Battenberg zu Heesfeld ging der Lebensmittelausweis verloren. Derselben ist als Ersatz dafür ein neuer Ausweis mit dem Vermerk „2. Ausfertigung“ ausgehändigt worden. Widerrechtliche Benutzung der verloren gegangenen Karte zieht Bestrafung nach sich. Die Lebensmittelausweise werden ersetzt, die alte Karte bei Vorlage anzuhalten und nach hier abzuliefern.

Halver, den 7. Oktober 1919.

Der Amtmann.

Amte Lüdenscheid.

Hauschlachtung von Schweinen.

Die Schweinebesitzer, die bis Ende Februar 1920 für ihren Haushalt ein Schwein schlachten wollen, aber bisher die Anmeldung auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Landrats vom 13. vor. Mts. noch nicht gemacht haben, werden hiermit zum letzten Male aufgefordert, die Anmeldung bis spätestens 20. ds. Mts. nachzuholen. Wer die Anmeldung bis zum vorgenannten Zeitpunkt nicht gemacht hat, kann schon deshalb die Genehmigung zur Hauschlachtung nicht erhalten.

Lüdenscheid, den 8. Oktober 1919.

Der Amtmann: J. B. Krumm.

Bäuerl. Bezugs- u. Abgab.-Genossenschaft Kierspe-Bhf. e. G. m. b. H.

Wir erhalten in den nächsten Tagen

la. Runkeln, Möhren und Roggenstroh.

Anmeldungen umgehend erbeten.

Zur Roggenbäckung empfehle:

Kalifalz 40,5%

Kainit 14,6%

C. Zimmermann, Dhl-Rönahl.

Bekanntmachung

In das Handelsregister A Nr. 641 ist heute die Firma **Wilhelm Schmann, Halver** und als Inhaber der Fabrikant **Wilhelm Schmann in Halver** eingetragen.
Lüdenscheid, den 4. Oktober 1919.

Das Amtsgericht.

Benutzung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachttvieh und Schlachtpferden.

Auf Grund der Verordnung über die Benutzung des Mehrerlöses aus Häuten von Schlachttvieh und Schlachtpferden vom 23. Sept. 1919 (R. G. S. 1714/16) sowie auf Grund der zu dieser Verordnung erlassenen Bekanntmachung der Reichsfleischstelle vom 26. Sept. 1919 (R. G. S. 1714) wird für den Kreis Altkreis folgende Verordnung erlassen:

§ 1.

Von der Verordnung vom 23. Sept. 1919 werden betroffen: Rohe Häute und Felle jeden Gewichts von Rindern, Ochsen, Büllen, Kälbern, Schafen, Pferden, Eseln, Maultieren und Maulsejeln.

§ 2.

Die Mehrerlöse, die sich aus der Steigerung der Preise für rohe Häute und Felle von Schlachtvieh gegenüber den durch die Bekanntmachung vom 1. Mai 1919, betreffend Höchstpreise von rohen Großviehhäuten und Rindhäuten, und betreffend Höchstpreise von Kalb-, Lamm-, Schaf- und Ziegenhäuten festgesetzten Höchstpreisen ergeben, werden auf den Tierhalter, das Reich und den Kreis-Kommunalverband verteilt.

§ 3.

Die Reichsfleischstelle ermittelt nach Anhörung von Sachverständigen des Schlachtgewerbes und des Häutehandels bis zum 15. jeden Monats auf Grund der vorhergegangenen Häuteauktionen den durchschnittlichen Mehrerlös, der für die Häute und Felle gegenüber den in § 2 bezeichneten Höchstpreisen erzielt werden ist.

Auf Grund dieser Ermittlungen berechnet die Reichsfleischstelle jeweils für die Zeit bis zum 14. des nächsten Monats einschließlich, welcher Mehrerlös auf den Zentner Lebendgewicht der in diesem Zeitraum angelieferten Schlachtviehtiere voraussichtlich entfällt.

Der für den im Absatz 2 bezeichneten Zeitraum an den Tierhalter zu zahlende Häutezuschlag und der auf das Reich entfallende Anteil wird je mit einem Drittel des nach Absatz 2 festgesetzten Betrages berechnet und von der Reichsfleischstelle bekannt gemacht. Von dem letzten Drittel erhebt der Kreis-Kommunalverband die Hälfte für sich, die wird zu Gunsten der Fleischversorgung verwandt. Der Rest des Mehrerlöses wird den Metzgern als Entschädigung zugewiesen.

§ 4.

Die Erhebung des Häutezuschlages erfolgt durch die Schlachtverbände, die für eine rechtzeitige und reibende Erhebung des Häutezuschlages verantwortlich sind. Eine Umsatzgebühr darf von dem Häutezuschlag nicht erhoben werden.

§ 5.

Die Bewerber von Schlachttvieh haben den Häutezuschlag bei der Bezahlung der Schlachtviehtiere zu entrichten.

§ 6.

Der Häutezuschlag ist dem Tierhalter außer dem ihm nach der Verordnung vom 15. Juli 1915 zustehenden Höchstpreise zu zahlen. Das auf das Reich entfallende Drittel ist mit dem Anteil des Kommunalverbandes von den Schlachtverbänden auf das Häutekonto bei der Kreis-Kommunalkasse hier zu überweisen. Die Abrechnung hat nach vorgeschriebenem Vordruck zu geschehen.

§ 7.

Der Häutezuschlag ist für die Tiere, die am 15. Sept. 1919 oder später dem Tierhalter abgenommen sind, nachträglich zu zahlen. Ebenso sind die aus dem Verkauf dieser Tiere aufkommenden Anteile für das Reich und den Kommunalverband nachträglich einzuziehen.

§ 8.

Ueber Streitigkeiten zwischen Kommunalverbänden und Metzgern entscheidet die Provinzialfleischstelle in Münster; soweit Streitigkeiten zwischen den Viehhandelsverbänden und Kommunalverbänden oder Metzgern vorkommen, hat sich das Landeshauptamt in Berlin bis auf weiteres die Entscheidung vorbehalten.

§ 9.

Meine Anordnung vom 23. Sept. betreffend Beschlagnahme von Häuten und Fellen tritt außer Kraft.
Altkreis, den 4. Oktober 1919.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses:
J. W. Kühn.

Bekanntmachung.

Brennholzversorgung.

In einer gemeinsamen Besprechung mit den Waldbesitzern und dem Bauernrat der Gemeinde Kierspe ist der Brennholzpreis je Zentner ungeschnittenes Holz auf 3,60 Mk. in Ofenlänge geschnittenen auf 4,50 Mk. frei Haus festgesetzt worden.

Holzablieferungsstellen befinden sich

- a) in Kierspe bei Hermann Ackermann
- b) in Kierspe-Bhf. bei Fritz Bollmer
- c) in Kierspe-Bhf. bei Ww. Reune.

Um einen Ueberblick über den gesamten Brennholzbedarf zu erhalten, fordere ich die Versorgungsberechtigten auf, ihren Bedarf bis spätestens 20. ds. Mts. auf Zimmer 4 des Amtshauses anzumelden.

Später eingehende Anmeldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Kierspe, den 8. Oktober 1919.

Der Amtmann. J. W. Pfeiffer.

Amt Lüdenscheid.

Kartoffelversorgung.

Meine Bekanntmachung über die Kartoffelversorgung ergänze ich dahin, daß zu dem Preise von 9,70 Mk. für den Zentner bei den Besserbemittelten ein Zuschlag tritt, der in seiner Höhe noch festgestellt, und der nachträglich eingezogen wird. Wer als „Besserbemittelte“ zu gelten hat, d. h. von welchem Einkommen aus dieser Zuschlag eintritt, wird noch veröffentlicht werden.

Lüdenscheid, den 9. Oktober 1919.

Der Amtmann. J. W. Krumm.

Notbetriebsplan.

Die Spätschicht für Gruppe I und für Gruppe II wird versuchsweise bis auf weiteres um eine Stunde früher gelegt.

Es geht somit ab heute die Spätschicht von nachmittags 1 1/2 Uhr bis abends 10 Uhr.

Die Frühschicht bleibt wie bisher von morgens 6 Uhr bis nachmittags 2 1/2 Uhr bestehen.

Jede Schicht mit einer 1/2 stündigen Pause.

Kommunales Elektrizitätswerk Mark.

Jahresfest.

Sonntag, den 12. Oktober, nachm. 1 1/2 Uhr beginnend, feiert der Ev. Frauen- und Jungfrauen-Verein Halver im Vereins Hause sein

20 jähriges Bestehen

Festprediger: Herr Pastor Simon aus Cronenberg.

Jedermann ist herzlich eingeladen.



Der **Turnverein Grünbaum**

feiert am Sonntag, den 19. ds. Mts. im Vereinslokal Albert Panne, Grünbaum sein

24. Stiftungsfest,

unter Mitwirkung der neugegründeten Gesangsabteilung, durch

Konzert und Ball.

Die Musik wird von der Lückmann'schen Kapelle ausgeführt.

— Anfang des Konzerts 4 Uhr. —

Unsere passiven Mitglieder sind hierzu besonders eingeladen.

Es ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Kreuzberger Kirmes

Bei Gelegenheit der Kreuzberger Kirmes am Sonntag, den 12. und Montag, den 13. Oktober findet in unseren Lokalen

Tanzlustbarkeit

statt. Zu zahlreichem Besuch laden höflichst ein

Paul Krämer,
Max Müller.

Selten hohe Gewinnchance!
Eilt! — Eilt!

Genehmigt für Preussen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Braunschweig, Bremen.

12. Geld-Lotterie

zur
Wiederherstellung d. Lorenzkirche

Ziehungen am 16. und 17. Oktober 1919.

125 000 Mark
50 000
20 000
10 000
1 000 usw.

Original-Lose in jeder Anzahl versendet incl. Porto und Gewinnliste zum Preise von Mark 3,30 auch gegen Nachnahme

Der Generalvertrieb
Karl Meier
Hamburg-Eilbeck.

(Liste wird jedem Besteller unaufgefordert übersandt)

U. S. B. D.
Ortsgruppe Ehringhausen.

Parteiversammlung

Samstag, abends 8 Uhr bei Wilke, Ehringhausen.

Wegen sehr wichtiger Beratungsgegenstände ist zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich.

Gäste sind willkommen.

An Mitglieder, die am Streik teilgenommen haben, wird eine vom Parteivorstand übersandte Beihilfe in der Versammlung verteilt.

Diebstahl! Hohe Belohnung!

Ein dem Herrn Adolf Bollmann in Kierspe in Westfalen gehöriger **Dolche** ist von der Wette gestohlen worden. Nachforschungen, sowie Angaben über die mutmaßlichen Täter oder Käufer des Dolches, die zur Ermittlung führen, werden erbeten. Hohe Belohnung zugesichert.

„Salensia“ Viehversicherungsgesellschaft
A. G. zu Halle a. S.
Subdirektion Köln Hans Walthers, Zulpicherplatz 7
Fernsprecher A 8496.

Pelze
Habe mein Pelz-Geschäft wieder eröffnet u. unterhalte wie bisher ein reichhaltiges Lager in allen gangbaren Fellarten.
Durch frühzeitigen Einkauf bin ich in der Lage, besonders günstige Vorteile zu bieten.
Ich verkaufe:
Prachtv. Pelze
Kragen- und Fuchsform **85.-** Mk.
Herrliche Pelze
Kragen- und Fuchsform **55.-** Mk.
dazu passende Muffen
Pelz-Barnituren
bis Mk. 2000.—
Reiche Auswahl schick. Pelzhüte.
Vergütung!
Kundschaft von auswärts vergütet Mk. 3.— für Fahrt bei Vorzeigen der Anzeige.
Sämtliche
Umwänderungen
nach neuesten Modellen bei billiger Berechnung.

Pelz-Elagengeschäft
H. Büttner,
Hagen
Elberfelderstr. 53 II
Telefon 2125.

Von der Reise zurück!
San. Rat Dr. Rusche
Hautarzt
Hagen i. W. Südstr. 9.
Fernsprecher 1906.

Ein kleines
Ackergut
wo 1 bis 2 Kühe gehalten werden können, zu kaufen gesucht.
Von wem, sagt die Geschäftsstelle des „Allgemeinen Anzeigers“, Halver.

Eine gute, fehlerfreie
Milchkuh,
tragend, auch als Zugkuh zu gebrauchen, sowie eine
Spitzdrehschneidemaschine
mit Strohschüttler für Hand- und Kraftbetrieb eingerichtet, steht zu verkaufen.
Melchior Degenhardt,
Halver, Südstraße 1.

Suche zu kaufen
Bennen
diesjähriger Zucht, Frühbrut bevorzugt.
Robert Bunde, Halver,
Gartenstraße 5.

Gußschrott
kauft
stets zum Tagespreise
Bohrmaschinenfabrik
Westfalia Wipperfurth
Gaulstr.

Arbeiter und Arbeiterinnen
gesucht.
Piepenstock & Co.,
Halver
Tüchtiger
Federhammer-
schmied
sucht
H. W. Buschhaus,
Oberbrügge.
Eisenb.-Stat. Bollme-Ehringhausen.

Kartoffelförbe und Mangeln
wieder vorrätig
Otto Ohler, Dhl-Rönshol.